

WAHLCHECK MITTELSTAND

BRANDENBURG





INHALT

1. Unternehmertum stärken	5
2. Berufliche Bildung voranbringen und Fachkräfte sichern	6
3. Verkehr und Infrastruktur modernisieren	7
4. Digitalisierung anpacken	8
5. Bürokratie abbauen und Mittelstand entlasten	9
6. Forschung und Entwicklung im Mittelstand unterstützen	10
7. Energieversorgung dezentral und effizient gestalten	11



Liebe Kandidatinnen und Kandidaten,

am 1. September 2019 findet in Brandenburg die Landtagswahl statt. Sie entscheiden, wie es zukünftig in Ihrem Land weitergehen wird. Denn über wesentliche Bedingungen für den Standort und für Investitionen entscheiden die Landespolitikerinnen und Landespolitiker in Potsdam. Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft unterstützt Unternehmerinnen und Unternehmer bei der Wahlentscheidung. Im vorliegenden WAHLCHECK zur Landtagswahl in Brandenburg hat der BVMW seine mittelstandspolitischen Ziele für das Land Brandenburg formuliert.

Ein besonderes Augenmerk muss die nächste Landesregierung auf den Mittelstand legen. Man darf nicht vergessen: Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sind in besonderer Weise leistungsfähig. Rund 84 Prozent der erwerbstätigen Brandenburgerinnen und Brandenburger arbeiten im Mittelstand. Die brandenburgische Wirtschaft weist damit eine ausgeprägt kleinteilige Betriebsstruktur auf. Die beste Nachricht: Bei der Investitionstätigkeit liegen die kleinen und mittleren Unternehmen in Brandenburg im bundesweiten Vergleich an der Spitze und zeigen, wozu der Mittelstand in Brandenburg in der Lage ist.

Trotz der hohen Standards und insgesamt guten Bedingungen leiden Unternehmen und ihre Zulieferer oder Geschäftspartner unter der unzureichenden Verkehrsinfrastruktur. Existenzgründungen befinden sich seit geraumer Zeit auf einem niedrigen Niveau und sinken weiter ab. Auch die Zahl der Patentanmeldungen von kleinen und mittleren Unternehmen sinkt. Hier muss der brandenburgische Landtag nicht nur finanziell unterstützen, sondern auch ein gründer- und mittelstandsfreundlicheres Klima schaffen.

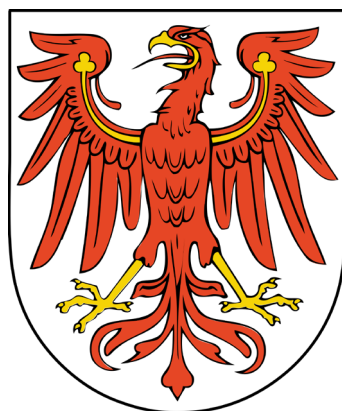
Im Bund und in den Bundesländern ist der BVMW die Stimme des Mittelstands – und er ist eine starke Stimme, die Gehör findet. Der BVMW spricht im Rahmen seiner Mittelstandsallianz für rund 900.000 Mitglieder. Unser Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder machtvoll und erfolgreich gegenüber der Politik in Städten und Gemeinden, in Bund und Ländern und nicht zuletzt durch den europäischen Mittelstandsdachverband European Entrepreneurs (CEA-PME) in Brüssel. Die Repräsentantinnen und Repräsentanten des BVMW pflegen jährlich rund 800.000 direkte Kontakte zu Mittelständlern. Mit seinen bundesweit mehr als 300 Geschäftsstellen ist der BVMW der Ansprechpartner für die mittelständischen Unternehmen vor Ort. Unser Verband vermittelt Kontakte zu Abgeordneten, Landespolitikern und Verwaltungen. Nutzen Sie die Chance und erreichen Sie unsere Mitgliedsunternehmen in Brandenburg mit Ihren Antworten und Positionen zur Landtagswahl 2019. Engagieren wir uns gemeinsam: für den Mittelstand, für Brandenburg, für Deutschland.

Mit den besten Wünschen

Ihr

A handwritten signature in green ink, consisting of a large, stylized initial 'M' followed by a series of loops and a horizontal line at the end.

Mario Ohoven
Präsident BVMW und Europäischer Mittelstandsdachverband
European Entrepreneurs (CEA-PME)



WAHLCHECK ZUR LANDTAGSWAHL 2019 IN BRANDENBURG

Aktuelle Situation • Fragen • Lösungen

1.

UNTERNEHMERTUM STÄRKEN

Aktuelle Situation

Die Zahl der Existenzgründungen in Deutschland ist seit mehreren Jahren rückläufig. In Ostdeutschland sind laut ifo Institut 54 Unternehmensgründungen pro 10.000 Einwohner zu verzeichnen – im Westen hingegen 73. Die Gründerquote Brandenburgs liegt im deutschlandweiten Vergleich nur im Mittelfeld (KfW- Gründungsmonitor 2018). Brandenburg konnte jedoch als einziges Bundesland wenigstens einen Anstieg an Existenzgründungen verzeichnen. Die Gründungsaktivitäten sind hier vor allem im Einzugsgebiet der Hauptstadt zu verzeichnen. Ländliche Regionen verlieren zunehmend den Anschluss. Bis zum Jahr 2022 planen über eine halbe Million kleine und mittlere Betriebe zudem eine Unternehmensnachfolge. Für rund 100.000 Unternehmen wird die Zeit knapp. Dort soll die Nachfolge bis Ende 2019 umgesetzt werden. Gerade in diesem Zusammenhang müssen geeignete Rahmenbedingungen für Wachstum geschaffen werden. Gemeinsam mit seinen jungen Gründern und Nachfolgern kann Brandenburg jetzt die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft und einen starken Mittelstand stellen.

BVMW-Position

Unternehmertum ist eine Quelle für Innovation, Investition, Wachstum und Beschäftigung. Ein leichter Zugang zu Finanzmitteln (zum Beispiel Wagniskapital), weniger Bürokratie und praxisorientierte Beratungen sind der Schlüssel zu mehr Gründungen. Eine Verbesserung gründungsbezogener Ausbildung an Schulen und Hochschulen hat großes Potenzial zur Förderung einer Kultur unternehmerischer Selbständigkeit. Der fehlende Gründergeist ist eine Ursache für die ausbleibende Angleichung zwischen Ost und West. Ökonomische Bildung sollte genauso wie digitale Bildung an Schulen gefördert werden, um das Unternehmerbild in der Öffentlichkeit zu verbessern. Die flächendeckende Einführung des Schulfachs „Wirtschaft“, die Förderung von praktischen Fähigkeiten und Talenten, von Schülerfirmen, sowie mehr Kooperation der Schulen und Hochschulen mit dem Mittelstand, sind das Fundament künftiger Unternehmergegenerationen. Außerdem müssen neu gegründete Unternehmen in den ersten drei Jahren von Berichtspflichten, statistischen Auskünften und unangemessenen Vorschriften des Arbeitsrechts befreit werden. Ziel sollte es sein, Gründungsaktivitäten nicht nur im Bereich um Berlin zu stärken, sondern auch den ländlichen Raum für Unternehmensgründungen attraktiv zu machen. Hierfür bietet der brandenburgische Gründerlotsendienst eine gute Möglichkeit, die auch bundesweit als Vorbild gelten kann.

Fragen an die Parteien

Wie wollen Sie eine Kultur des Unternehmertums in Brandenburg auch im ländlichen Raum fördern?

Wie wollen Sie die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Gründungen weiter verbessern? Welchen Stellenwert räumt Ihre Partei Selbstständigen, Freiberuflern und Unternehmern im gesellschaftlichen Kontext ein?

2.

BERUFLICHE BILDUNG VORANBRINGEN UND FACHKRÄFTE SICHERN

Aktuelle Situation

Im Bildungsmonitor 2018 belegt Brandenburg gerade einmal den vierzehnten Platz. Trotz Spitzenplätzen, zum Beispiel in den Bereichen der Vermeidung von Bildungsarmut, Schulqualität und bei der Internationalisierung, besteht in Brandenburg, insbesondere bei der Forschungsorientierung, bei den MINT-Fächern, Betreuungsrelationen, der Integration und der Zeiteffizienz, erheblicher Verbesserungsbedarf. Im Bereich der digitalen Bildung kann Brandenburg jedoch zu immerhin Spitzennoten verzeichnen. Neben den Hürden der beruflichen Bildung wird es in Zeiten des Fachkräftemangels für mittelständische Unternehmen zunehmend schwerer, geeignete Mitarbeiter und Auszubildende zu finden. Der demografische Wandel verschärft diesen Trend. Ostdeutschland ist inzwischen auf die Einwohnerzahl des Jahres 1905 zurückgefallen. Die jüngst erschienene Bevölkerungsvorausberechnung zeigt zudem, dass die Zahl der hiesigen Erwerbsfähigen ohne Zuwanderung bis 2060 um 30 Prozent sinken wird. Der Bevölkerungsrückgang ist in einigen Regionen Brandenburgs gravierend. Hinzu kommt, dass zu viele Jugendliche die Schule oder ihre Ausbildung abbrechen. Der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss war im Jahr 2016 in Brandenburg mit 7,3 Prozent deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (5,7 Prozent). Obwohl nicht alle Lehrstellen besetzt werden können, gibt es immer noch Jugendliche ohne Ausbildung. Dieses Potenzial brach liegen zu lassen, können wir uns nicht leisten. Leider wird die Nähe zum Nachbarland Polen in Bezug auf die Ausbildung von jungen Menschen nicht ausreichend genutzt.

BVMW-Position

Deutschlands wichtigster Rohstoff sind gut ausgebildete Menschen. Stundenausfall und Abbrecherquoten an den Schulen müssen weiter gesenkt werden. Eine gute Berufsorientierung, verstanden als andauernder Prozess, sichert Nachwuchs und verringert die Zahl der Studien- und Ausbildungsabbrecher. Die Förderung von lebenslangem Lernen, die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind für die Sicherung der Fach- und Führungskräftebasis unverzichtbar. Da der Weiterbildungsbedarf auch im Mittelstand wächst, müssen, unter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit und der örtlichen Bildungsträger, gezielt Angebote für KMU geschaffen werden. Trotz des demografischen Wandels muss gute Arbeit auch im ländlichen Raum möglich sein. Hierzu müssen neue Konzepte wie Coworking Spaces oder Mitarbeiterwohnungsbau vermehrt gefördert werden. Auch im Standortwettbewerb mit der Bundeshauptstadt Berlin und Polen muss Brandenburg attraktiver für potenzielle Fachkräfte werden. Hier gilt es, die Investitionen in Infrastrukturprojekte auch in Grenznähe zu erhöhen, Brandenburg als Wohnort attraktiver zu machen und die Arbeitsmarktintegration zu verbessern.

Fragen an die Parteien

Wie wollen Sie für bessere Bildung in Brandenburg sorgen?

Was wollen Sie gegen die hohen Abbrecherquoten an Schulen und in der Ausbildung tun?

Was wollen Sie tun, damit es auch in Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte gibt?

3.

VERKEHR UND INFRASTRUKTUR MODERNISIEREN

Aktuelle Situation

Seit der Wiedervereinigung hat sich die Verkehrsinfrastruktur insgesamt in Brandenburg merklich verbessert. In den Kommunen wird jedoch vielerorts der Verfall der Straßeninfrastruktur sichtbar. Auch die Anbindung an den Schienenfernverkehr ist in einigen Städten und Gemeinden mangelhaft. Der verzögerte Bau der A14 behindert die wirtschaftliche Entwicklung der Prignitz. Zu wenig wird in den Erhalt investiert. Zudem geht der Ausbau wichtiger Eisenbahnstrecken nur ungenügend voran. Die Verzögerung der Eröffnung des Hauptstadtflughafens BER belastet die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region. Letztendlich muss der Steuerzahler für Fehlinvestitionen und -entscheidungen haften. In Brandenburg gilt es dabei, sich der besonderen Herausforderung anzunehmen. Mit einer Bevölkerungsdichte von rund 84 Einwohnern/km² ist Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern das am dünnsten besiedelte Bundesland.

BVMW-Position

Der Mittelstand braucht eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur. Öffentliche Mittel müssen vorrangig für Investitionen und den Erhalt von Infrastruktur genutzt werden und nicht für kurzfristige, vermeintlich soziale, Wohltaten. Durch die stark variierende Raumstruktur, wie die Einzugsgebiete rund um die Hauptstadt Berlin und die ländlich geprägten strukturschwachen Regionen im Norden, muss Brandenburg mit einem integrierten Verkehrskonzept allen Anforderungen gerecht werden. Die Anbindung Brandenburgs an europäische Verkehrsnetze muss genauso vorangetrieben werden, wie neue Ideen zur Sicherung der Infrastruktur im ländlichen Raum. Dazu gehört auch eine schnelle Fertigstellung des BER und der Ausbau der Autobahnen. Die Praxis der öffentlichen Vergabe ist hinsichtlich ihrer Mittelstandsfreundlichkeit zu prüfen. Zudem müssen mittelstandsfeindliche Einschränkungen der Mobilität wie Fahrverbote verhindert werden.

Fragen an die Parteien

Wie wollen Sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine leistungsfähige Infrastruktur in Brandenburg gewährleisten?

Wie wollen Sie sicherstellen, dass künftig ausreichend Mittel für den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur zur Verfügung stehen?

Mit welchen Infrastrukturprojekten wollen Sie Brandenburg künftig besser in das europäische Verkehrsnetz einbinden?

4.

DIGITALISIERUNG ANPACKEN

Aktuelle Situation

Die Nutzung von Informationstechnologien ist für Unternehmen unerlässlich, um neue Märkte zu erschließen und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Schon heute wirkt sich die Digitalisierung für 66 Prozent der Mittelständler positiv auf die Geschäftstätigkeit aus. Schnelle Breitbandnetze sind ein herausragender Standortfaktor. Gerade ländliche Regionen sind jedoch bei der Breitbandversorgung zum Teil erheblich unterversorgt und damit von der digitalen Welt abgeschnitten. Mangelnde Verfügbarkeit von Breitbandzugängen und unzureichende IT-Sicherheit gefährden auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Brandenburg. Mit einer eigenen Digitalisierungs-Strategie legt Brandenburg hier einen wichtigen Grundstein. Das Bundesland hat zusätzlich eine eigene Breitband-Strategie formuliert und bemüht sich um den Breitbandausbau in strukturschwachen Regionen. Die guten Ansätze müssen jedoch ihren Weg in die Unternehmen finden. Brandenburg hat hier noch Nachholbedarf: Laut einer Studie der Commerzbank setzt nur jedes zehnte Unternehmen überdurchschnittlich stark auf die Digitalisierung. Hier schaffen vor allem die Mittelstand 4.0 Kompetenzzentren Abhilfe.

BVMW-Position

Eine vernetzte und sichere IT-Infrastruktur ist unabdingbar für den unternehmerischen Erfolg. Deshalb benötigen wir für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit einen flächendeckenden Glasfaseranschluss bis in die Gebäude. Dies muss gemäß der Richtlinie des Bundes zum flächendeckenden Gigabit-Netzausbau bis 2025 umgesetzt werden. Der Breitbandausbau muss, mit dem Ziel der flächendeckenden Versorgung von mehr als 50 Mbit/s, zügig vorangetrieben werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten und zu stärken. Die brandenburgische Wirtschaftsstruktur ist stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Der flächendeckende Breitbandausbau ist für diese kleinen und mittleren Betriebe essentiell, um im Wettbewerb bestehen und der Landflucht entgegenwirken zu können. Dies wird mit den Möglichkeiten der Digitalisierung umso einfacher und effizienter. Neben dem Breitbandausbau muss sich die kommende Regierung verstärkt der Unterstützung und Begleitung von kleinen und mittleren Unternehmen in Zeiten der digitalen Transformation widmen. Um dies zu erreichen, sollten erfolgreiche Projekte wie das Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum in Brandenburg fortgeführt und ausgebaut werden.

Fragen an die Parteien

Welche Vorhaben planen Sie zur weiteren Stärkung der Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen?

Mit welchen Maßnahmen planen Sie den zügigen und flächendeckenden Ausbau der Breitbandinfrastruktur in Brandenburg?

Wie wollen Sie kleine und mittlere Unternehmen bei mehr IT-Sicherheit unterstützen?

5.

BÜROKRATIE ABBAUEN UND MITTELSTAND ENTLASTEN

Aktuelle Situation

Die Überregulierung lastet schwer auf den Schultern des Mittelstands. Lagen die Kosten laut Statistischem Bundesamt 2017 bei 45 Milliarden Euro, erreichte die Belastung 2018 bereits über 50 Milliarden Euro. Davon ist auch der brandenburgische Mittelstand betroffen. Auch wenn die Landesverwaltungen stark an bundesgesetzliche Regelungen gebunden sind, haben die Landesregierungen einen gewissen Spielraum, um den bürokratischen Aufwand für den Mittelstand gering zu halten. Einen enormen Arbeitsaufwand durch Dokumentations- und Informationspflichten und oftmals lange Wartezeiten auf Entscheidungen behindern dennoch die wirtschaftlichen Aktivitäten von brandenburgischen Unternehmen. Verschärft wird dies durch die hohe Steuer- und Abgabenlast, die Unternehmen und Arbeitnehmende immer mehr in die Zange nehmen. Derzeit drohen die nationale Anzeigepflicht für Steuer-gestaltungen und die Reform der Grundsteuer auf Länderebene zum Bürokratiemonster zu werden. So ist es kein Wunder, dass in der BVMW-Unternehmerumfrage 2018/19 rund 77 Prozent der Mittelständler die wichtigste Aufgabe der Politik im Abbau von Bürokratie sehen.

BVMW-Position

Der Mittelstand muss von überflüssiger Bürokratie befreit werden. Zielmarke ist die Halbierung der Bürokratiebelastung. Ein zentraler Ansprechpartner für Unternehmen in den Verwaltungen (One-Stop-Shop) würde für mehr Überblick und eine starke Vereinfachung sorgen und wird daher dringend angeraten. Die Kommunikation mit Ämtern und Behörden muss unkompliziert auf digitalem Weg möglich sein. Eine moderne öffentliche Verwaltung leistet einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. So ermöglicht E-Government den unkomplizierten und zeitlich unabhängigen Zugang zu den Leistungen des Staates. Außerdem fordern wir die Möglichkeit einer zeitnahen und einfachen Betriebsprüfung durch die brandenburger Finanzverwaltung. Dies wäre ein erster Schritt zur Entlastung des Mittelstands. Zudem müssen die vorhandenen Förderprogramme mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden – verständlich, bundeseinheitlich, ohne komplizierte Nachweispflichten und auf die Belange des Mittelstands zugeschnitten. Außerdem sollte das Land Brandenburg Druck auf die Gemeinden ausüben, damit diese die kommunalen Hebesätze bei der Grundsteuer anpassen. Mehrbelastungen sollten dringend vermieden werden. Der BVMW plädiert außerdem dafür, dass Brandenburg die Öffnungsklausel der Grundsteuer nutzt und sich für das unbürokratische Flächenmodell entscheidet.

Fragen an die Parteien

Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie den Abbau der Bürokratie in Brandenburg vorantreiben?

Welche digitalen Konzepte wollen Sie zur Verschlinkung der Verwaltung und zum Bürokratieabbau einführen?

6.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG IM MITTELSTAND UNTERSTÜTZEN

Aktuelle Situation

Seit der Wiedervereinigung sind in Brandenburg viele innovative Unternehmen entstanden. Trotz der dynamischen Wirtschaftsentwicklung sind die Unternehmen im Bundesvergleich hinsichtlich Umsatzentwicklung und Größenwachstum nach wie vor klein. Auch die Ergebnisse der Brandenburger Hochschul- und Forschungslandschaft werden noch viel zu selten zu marktfähigen Produkten. Der Wissens- und Technologietransfer in den Mittelstand muss verbessert werden, um die Potenziale des Standortes besser zu nutzen. Die Entwicklung der Innovationsausgaben von Großunternehmen und KMU driftet seit Jahren auseinander. Laut Mannheimer Innovationspanel 2018 fällt KMU die Bereitstellung der notwendigen Mittel zunehmend schwerer. Ein weiterer Indikator für die Innovationstätigkeit sind die Patentanmeldungen. Laut dem Deutschen Patent- und Markenamt ist Brandenburg hier ein Schlusslicht.

BVMW-Position

Barrieren zwischen Forschung und Wirtschaft müssen abgebaut werden. Notwendig ist eine technologieoffene Innovationspolitik, in der Bildung, Forschung, Unternehmertum und rechtliche Rahmenbedingungen ineinandergreifen. Die Einführung einer unbürokratischen, steuerlichen FuE-Förderung würde Innovationsimpulse für den Mittelstand setzen. Für die Ansiedelung der Prüfstelle für die Forschungszulage sollten vor allem die neuen Bundesländer und insbesondere die Lausitz in Betracht gezogen werden. Die Bundesregierung muss hier ihr Versprechen halten und den Osten bei der Ansiedlung neuer Bundeseinrichtungen stärker fördern. Der Wissens- und Technologietransfer muss etwa durch die Förderung von Forschungs- und Entwicklungskooperationen und örtlichen Experimentierräumen verbessert werden. Für die Forschungstätigkeit im Mittelstand dürfen EU-Fördergelder nicht abgesenkt werden. Die gezielte Förderung von KMU sollte auch in der „Kommission gleichwertiger Lebensverhältnisse“ vorangetrieben werden. Nicht zuletzt brauchen kleine und mittlere Unternehmen einen einzigen Ansprechpartner für das Finden passgenauer Förderprogramme.

Fragen an die Parteien

Wie wollen Sie zukünftig den Wissen- und Technologietransfer zwischen Forschung und Mittelstand in Brandenburg verbessern?

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie einleiten, damit die Beantragung von Fördermitteln vereinfacht werden kann?

Wie wollen Sie die Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen in Brandenburg stärken?

7.

ENERGIEVERSORGUNG DEZENTRAL UND EFFIZIENT GESTALTEN

Aktuelle Situation

Der Mittelstand leidet unter steigenden Energiekosten. So haben sich die Strompreise für die mittelständische Industrie in den letzten zehn Jahren beinahe verdoppelt. Kostentreiber Nummer eins sind staatliche Steuern und Abgaben, die mittlerweile mehr als die Hälfte des Strompreises ausmachen. Dies schwächt die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zunehmend. Nach Angaben eines Online-Vergleichsportals ist der Strom in Brandenburg im deutschlandweiten Vergleich am teuersten. Dieser Wert liegt mehr als 100 Euro höher als beispielsweise in Bremen und ist im Vergleich zum letzten Jahr sogar um 3,1 Prozent gestiegen. Brandenburg muss seiner Stellung als Energieland gerecht werden, denn mehr als ein Zehntel des Energiebedarfs in Deutschland wird durch Brandenburg gedeckt. Der Anteil der Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Wind- und Sonnenenergie, nimmt dabei stetig zu.

BVMW-Position

Der staatliche Anteil an den Energiekosten muss sinken. Brandenburg sollte sich zusammen mit den anderen Bundesländern für eine Reform der Abgaben und Umlagen auf Strom einsetzen. Die Energiewende ist machbar und finanzierbar, wenn der Strom dezentral mit Hilfe kleinerer Anlagen in Verbrauchernähe erzeugt wird. Die Nähe zum Verbrauch spart Kosten durch den geringeren Ausbau von Übertragungsnetzen. Ein kluger Mix der Erzeugungstechnologien stärkt die Versorgungssicherheit. Ein marktnahes Anreizsystem, wie die vom BVMW vorgeschlagene Stetigkeitsprämie, motiviert zur nachfrageorientierten Produktion von Strom aus Erneuerbaren Energien. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen bei Maßnahmen zur Energieeffizienz unterstützt werden. Auch Brandenburg sollte sich für eine dezentrale Energieversorgung stark machen, damit der Bau von zentralen Stromtrassen verhindert werden kann. Brandenburg ist im Bereich der Erneuerbaren Energien ein Vorzeigeland und sollte diese Position weiter ausbauen.

Fragen an die Parteien

Wie wollen Sie sich mit den anderen Bundesländern für eine Reform der Abgaben und Umlagen auf Strom einsetzen?

Wie wollen Sie sich für eine dezentrale Energieversorgung einsetzen?

Wie wollen Sie die brandenburgischen KMU bei der Steigerung der Energieeffizienz unterstützen?

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) ist gemeinsam mit der Mittelstandsallianz der größte freiwillig organisierte Zusammenschluss mittelständischer Unternehmen in Deutschland. Er ist die Stimme des unternehmerischen Mittelstands. Als wichtigster Mittelstandsverband spricht der BVMW im Rahmen seiner Mittelstandsallianz für rund 900.000 Mitglieder. Unser Verband vertritt die Interessen seiner Mitglieder machtvoll und erfolgreich gegenüber der Politik in Städten und Gemeinden, in Ländern, im Bund und nicht zuletzt durch den europäischen Mittelstandsdachverband European Entrepreneurs (CEA-PME) in Brüssel. Mit seinen bundesweit mehr als 300 Geschäftsstellen ist der BVMW der Ansprechpartner für die mittelständischen Unternehmen vor Ort. Unser Verband vermittelt Kontakte zu Abgeordneten, Landespolitikern und Verwaltungen.

Ihre Ansprechpartner in Brandenburg:

Brandenburg Nord-Ost

Jacqueline Hein, Leiterin der Wirtschaftsregion
jacqueline.hein@bvmw.de, +49 30 767 66 347
Mike Marschke, Barnim & Uckermark
mike.marschke@bvmw.de, +49 3334 58 48 885

Brandenburg Süd-West

Birgid Zoschnik, Leiterin der Wirtschaftsregion
birgid.zoschnik@bvmw.de, + 49 30 80 58 99 80
Herbert Beinlich, Berlin Brandenburg Süd-West
herbert.beinlich@bvmw.de, + 49 30 695 20 300
Birgit Derwanz-Dahlmann, Berlin Brandenburg Süd-West
birgit.derwanz-dahlmann@bvmw.de, +49 172 390 07 60
Silke Landgraf-Bittner, Berlin Brandenburg Süd-West
silke.landgraf@bvmw.de, +49 30 80 49 80 38
Marcel Sturm, Berlin Brandenburg Süd-West
marcel.sturm@bvmw.de, + 49 30 80 58 99 80

Cottbus und Niederlausitz

Ralf Henkler, Leiter der Wirtschaftsregion
ralf.henkler@bvmw.de, +49 176 83115293
Stefan Aurenz, Landkreis Elbe-Elster
Stefan.Aurenz@bvmw.de, +49 157 86314156
Eckhard Höse, Landkreis Elbe-Elster
Eckhard.Hoese@bvmw.de, +49 1704492347
Steffen Engelmann, Landkreis Oder-Spree
steffen.engelmann@bvmw.de, +49 335 6069427

Kontakt:

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.
Bereich Politik und Volkswirtschaft
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin
Tel.: +49 30 533206-0, Fax: +49 30 533206-50
politik@bvmw.de, @BVMWeV, www.bvmw.de

Stand: August 2019

EU-Transparenzregisternr. 082217218282-59
Covermotiv: Pixabay
© BVMW 2019. Alle Rechte vorbehalten.